

Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung am 15.Oktober 2022

Nein zu jedem Krieg! Nein zur Hochrüstung!

Die LINKE Gotha verurteilt aus aktuellem Anlass den völkerrechtswidrigen Angriff des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine. Kriege sind überall auf der Welt zu verurteilen, durch Kriege werden niemals Probleme gelöst, sondern nur verschärft. Diesem Krieg, der so viel Leiden verursacht, begegnen wir mit unserer schärfsten Kritik. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Truppen hinter die völkerrechtlich bestehende ukrainisch-russische Grenze.

Der Zivilbevölkerung in der Ukraine gehört unsere Unterstützung. Wir wollen, dass die betroffene Zivilbevölkerung von Deutschland humanitär unterstützt wird. Menschen, die flüchten müssen, sollen hier bei uns gut aufgenommen und versorgt werden, sowie an Bildung teilnehmen können. Wir als LINKE unterscheiden nicht in Kriege 1. und 2. Klasse bzw. zwischen Flüchtlingen 1. und 2. Klasse. Wir setzen uns für gleiche Rechte für alle Geflüchteten ein und verurteilen die Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer.

Gleichzeitig verkennen wir nicht, dass die seit Jahren gegen russische Sicherheitsinteressen gerichtete Politik der USA und der NATO in Form der Osterweiterung der NATO, Aufrüstung von NATO-Staaten und Provokationen mit militärischen Manövern in der Nähe der russischen Grenze zu den Ursachen für ein aggressives Gebaren Russlands gehören. Diese Feststellungen rechtfertigen in keiner Weise den Angriffskrieg auf die Ukraine, aber sie weisen die Richtung für eine Lösungsfindung.

Außerdem erkennen wir, dass dieser Krieg nicht von allen Russinnen und Russen unterstützt wird. Unsere Solidarität gilt allen, die trotz vieler Repressalien für den Frieden eintreten, sich dem Kriegsdienst widersetzen oder entziehen. Wir unterstützen die Aufnahme und das Asyl von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern.

Wir verurteilen eine allgemeine Stigmatisierung von Russinnen und Russen und halten die Aufrechterhaltung kultureller und menschlicher Verbindungen gerade in der jetzigen Situation weiter für wichtig.

Wir verurteilen ebenso, dass die Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP mit Unterstützung der CDU und unter dem Beifall der AfD diese Situation nun nutzt, um schon lange bestehende Pläne für eine historische Aufrüstungspolitik und den Umbau der Bundeswehr in eine internationale Interventionsarmee in die Tat umzusetzen. Bereits jetzt geben die NATO-Länder 15mal mehr Geld für Rüstung aus als Russland. Noch mehr Rüstung ist absurd! Wir wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze beenden und keine neuen beginnen. Der Rüstungsetat muss sinken, der Frieden in der Welt braucht Diplomatie und Abrüstung.